

MITTLINKS ^{Juni} 1/12

Schlaglichter auf
einige »Baustellen«
der bezirklichen Arbeit
in Hamburg-Mitte

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



Liebe Leserin, lieber Leser,

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



Foto:
Matthias Krüttgen

später als ursprünglich vorgesehen kommt hier die neue Ausgabe unserer kleinen Fraktionsbroschüre. Als wir für den Februar diese Ausgabe planten, überstürzten sich die Ereignisse: Wieder kam ein Kind unter staatlicher Obhut zu Tode, die versprochene gründliche Aufklärung kam nicht wirklich zustande, das Bauernopfer Jugendamtsleiterin machte schlechte Presse für Markus Schreiber, schließlich trat dieser auf Anraten von Olaf Scholz zurück. Was dann folgte, dazu informiert unser Artikel auf Seite drei.

Inzwischen sind die Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksversammlung geklärt, die informelle rot-gelbe Koalition ist offiziell geworden und hat Andy Grote mit Unterstützung einiger Grüner zum Bezirksamtsleiter gewählt. Nun sind wir gespannt, was das für die rückhaltlose Aufklärung des Todesfalls und die Neuordnung der Kinder- und Jugendhilfe im Bezirk bedeutet.

Ein Schwerpunkt in diesem Mittlinks ist das Thema Bauen und Wohnen. An einigen Beispielen machen wir deutlich, wo es bei der Umsetzung des „Vertrags für Hamburg - Wohnungsbau“ deutlich schiefläuft. Solange es den Mehrheitsfraktionen am politischen Willen fehlt, wird allein das Profitinteresse der Immobilienwirtschaft das Steuerruder führen. Und da ist von der FDP nicht viel Widerstand zu erwarten, auch wenn der Immobilienmakler Patzer aus der Bezirksversammlung ausgeschieden ist (aufgrund eines „Wohnproblems“ ...)

Daneben gibt es einige Neuigkeiten und Kurzinfos aus den Stadtteilen.

Ich wünsche eine interessante Lektüre,

Bernhard Stietz-Leipnitz

Fraktionsvorsitzender

Inhalt

An seinen Taten wollen wir ihn messen3 Bernhard Stietz-Leipnitz	Streit um Kleingärten12 Ronald Wilken
Wohnungsbauprogramm 20125 Bernhard Stietz-Leipnitz	Es wächst wieder nach13 Marion Fisch
Rettet Elisa.....6 Marion Fisch/Sandra Clemens	Skandal im Sperrbezirk.....15 Christine Detamble-Voss
St. Georg 458 Bernhard Stietz-Leipnitz	Hornbach.....16 Rudolf Sergel
Schimmelwohnungen9 Manfred Schubert	Kurz informiert20
Weil du arm bist.....10 Olaf Harms	Blick in die Zukunft23 Bernhard Stietz-Leipnitz
	Gedicht24
	DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.....25

Andy Grote mit mindestens fünf Oppositionsstimmen
zum Bezirksamtsleiter(kandidaten) gewählt

An seinen Taten wollen wir ihn messen ...

Leider war das bundesweite Ausschreibungsverfahren für die durch Markus Schreibers Rücktritt frei gewordene Stelle des Bezirksamtsleiters von vornherein eine Spiegelfechterei. Die (Fast-)Mehrheitsfraktion hatte nie die Absicht, ein offenes Verfahren zuzulassen, führte sie doch schon erste Sondierungsgespräche mit dem Ziel der Wahl von Andy Grote, kaum war die Ausschreibung der Stelle in der Bezirksversammlung am 23.2. auf Antrag der SPD(!) beschlossen. Sogar die Sondierung war nicht ernst gemeint – der schon 2011 informelle Koalitionspartner FDP wurde dabei lediglich „legalisiert“.

Aus dem Wahlkampf 2008: Nachbarn kommentieren Andy Grote

Foto: ena



Und die Opposition? Hatten noch im Februar GAL, Piraten, CDU und LINKE gemeinsam eine/n parteiunabhängige/n verwaltungserfahrene/n Kandidaten/in gefordert, so hielt das nur bis zum Vortag der Wahl: Am Abend des 25.4. teilten die nunmehr „Bündnisgrünen“ mit, dass sie einen Antrag der Opposition zur Wahl des verbliebenen Gegenkandidaten Rüdiger Günther leider, leider nicht mittragen könnten. Und dann erhielt Andy Grote in geheimer Abstimmung fünf Stimmen mehr als die der rot-gelben Koalition – ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Sei's drum, Andy Grote ist von der Bezirksversammlung vorgeschlagen und inzwischen vom Senat ernannt worden. Die ersten Wochen im Amt bereits werden zeigen, ob der Eindruck eines Neuanfangs, den der Kandidat zu erwecken sucht, tatsächlich anhält:

Wir wollen wissen, was in Sachen Jugendhilfe im Zeichen der Haushaltskonsolidierung vom Bezirk angepackt wird ...

Wir sind gespannt, wie es weitergeht im Konflikt um die ESSO-Häuser und die einstürzenden Altbauten im Bernhard-Nocht-Quartier. Andy Grote ist Nachbar ...

Wir werden verfolgen, was sich rund um den Hansaplatz tut in Sachen Kontaktverbotsverordnung und Verlagerung der Straßenprostitution ...

Wir warten auf ein Eingehen des Bezirks auf die Bedenken der Anwohner in Sachen Wilhelmsburger Autobahn und Lärmschutz: Werden weiter nur die Interessen der igs-Besucher im Blick behalten oder auch mal die der Bewohner berücksichtigt?

Wir werden sehen, ob das Ziel von mindestens 30 Prozent öffentlich geförderter Wohnungen (wir wollen mehr!) im Wohnungsbauprogramm ernsthaft verfolgt wird ...

Und vor allem wird sich sehr schnell herausstellen, auf welcher Seite sich der neue Bezirksamtsleiter verortet, wenn es um die massiven Kürzungen geht, die der SPD-Senat den Bezirken verordnen will. Erheblicher Stellenabbau, wie ihn der Finanzsenator erwartet, bringt den Bezirk ganz schnell an den Rand der Handlungsunfähigkeit, von der offiziell propagierten „Bürgernähe“ gar nicht zu reden. Auch Beschäftigte und Personalräte erwarten ganz sicher Antworten auf die hier anstehenden Fragen.

Hundert Tage sind schnell vorbei ...

Bernhard Stietz-Leipnitz, Abgeordneter aus St. Georg

Richtige Richtung, aber nicht ausreichend



St. Pauli in Bewegung gegen Immobilienhaie

Foto: ena

Auf der Grundlage des Vertrages zwischen Senat und Bezirken vom Juni 2011 wurde vom Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung ein Wohnungsbauprogramm erarbeitet, das mittlerweile auch gedruckt vorliegt und unter www.hamburg.de/stadtplanung-mitte/2984028/wohnungsbauprogramm-hamburg-mitte.html heruntergeladen werden kann. Es geschieht also etwas in Sachen Wohnen, das wollen auch wir als LINKE und unterstützen es.

Aber: Hamburg wächst, und es sind Wohnungen abgängig. Also sind die Ziele des Senats und damit auch des Bezirks insgesamt zu niedrig angesetzt.

Insbesondere das Segment der bezahlbaren – und das sind im Regelfall nur noch belegungsgebundene, öffentlich geförderte Wohnungen – kommt viel zu kurz. Allein in Wilhelmsburg werden über 1.700, das ist ein Drittel der vorhandenen Sozialwohnungen, bis 2016 aus der Bindung fallen. Dafür muss Ersatz geschaffen werden, und davon sind wir noch weit entfernt.

DIE LINKE tritt dafür ein, vor allem öffentlich geförderte Wohnungen zu errichten, nicht nur ein Drittel der Mietwohnungen (das wäre womöglich weniger als ein Viertel der Gesamtzahl!) Wir finden es grundsätzlich falsch, den Bau von Eigentumswohnungen zum Beispiel in Hamm/Borgfelde zu unterstützen. Diese entstehen aller Erfahrung nach ohne jede staatliche Hilfe, ganz von allein. Die rechtlichen Möglichkeiten, geförderten Wohnungsbau auch mit sanftem Druck zu erreichen, müssen ausgeschöpft werden.

Und es ist absehbar, dass es bei vielen der aufgelisteten Standorte nicht einfach sein

- 6 wird, die Belange von Grünflächen, Nachbarschaft und Lärmschutz angemessen unter einen Hut zu bringen. Das kann bedeuten, dass es entweder nicht zeitnah zu real genehmigten Wohnungen beziehungsweise Bautätigkeit kommt oder dass die Belange der Bürgerinnen und Bürger durch „Evokation“ (= Anziehung der Planung durch den Senat) untergebuttert werden.

Auch wäre es schön, wenn der Bürgermeister seinen Senatorinnen und Senatoren klarmachte, dass der Wohnungsbau eine prioritäre Aufgabe in dieser Stadt ist. Nicht alle behördlichen Stellungnahmen zum Entwurf des Programms ließen darauf schließen, dass dies bereits geschehen ist. Wir sind übrigens nach wie vor der Auffassung, dass städtische Flächen für den Wohnungsbau nicht teuer verkauft, sondern in Erbpacht vergeben werden sollten.

Kurzum: Aus unserer Sicht ist der Vertrag für Hamburg genauso wie das vorliegende Wohnungsbauprogramm ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber bei Weitem nicht ausreichend, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für die große Mehrheit der Bevölkerung auch nur annähernd zu decken.

Wir haben dem vorgelegten Programm zugestimmt und werden seine Umsetzung natürlich weiterhin kritisch begleiten.

Bernhard Stietz-Leipnitz, Abgeordneter aus St. Georg

Rettet Elisa: Katz- und Mausspiel mit der vhw

„Raum zum Leben in jedem Alter und für fast jeden Geldbeutel“ – damit wirbt die Vereinigte Hamburger Wohnungsgenossenschaft (vhw). Ihr Ruf ist allerdings nachhaltig ramponiert, was seit August 2011 vor allem auf die Diskussion um eine Wohnanlage in der Nähe des Hammer Parks zurückzuführen ist. Der dortigen MieterInneninitiative „Rettet Elisa“ ist es gelungen, den Protest gegen den geplanten Abriss eines Backsteinensembles (Chapeaurogeweg 16-20/Am Elisabethgehölz 3-7/Curtiusweg 1-5) mit viel Kreativität und Engagement in die Öffentlichkeit zu tragen (s.a. www.rettet-elisa.de). Der vhw scheint dieser Elisa-Wohnkomplex jedoch ein Dorn im Auge zu sein: Die Wohnungen seien auf Dauer nicht mehr vermittelbar, und außerdem müsse man auch für die solventere Klientel der Genossenschaft Wohnungen bereithalten. Und wo kann man das besser als in einem Neubau in einer ruhigen Wohnstraße direkt am Park? Für die jetzigen Elisa-Mieterinnen und Mieter gäbe es schließlich genügend andere Wohnungen in Hamm, wobei es fraglich ist, ob eine Mutter mit drei Kindern in die Eineinhalb-Zimmer-Wohnung ziehen möchte, die die vhw ihr angeboten hat. Oder der Rentner, dem man eine neue Wohnung in einem oberen Geschoss anpreist.

Dass die Beunruhigung über die Abrisspläne solche weiten Kreise zieht, hängt zum

einen mit der Wertschätzung für einen markanten Gebäudekomplex zusammen, der ursprünglich noch aus der Schumacher-Zeit stammt und nach der Kriegszerstörung weitgehend originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Außerdem würden mit dem Abriss auf einen Schlag 120 günstige, überwiegend kleinere Wohnungen vernichtet, also ausgerechnet ein Bestand, der in Hamburg besonders stark nachgefragt wird. 7



Oberes Foto:
Elisa-Bewohner-
Innen werden
bleiben!



Unteres Foto:
Ordentliche Woh-
nungspflege statt
Abrissbirne

Foto/Grafik:
Rettet Elisa

Abrisspläne ruhen vorläufig

Auf Drängen der Kommunalpolitik ließ die vhw ihre Abrisspläne zunächst sechs Monate ruhen. Rettet-Elisa nutzte die Verschnaufpause, um auf einer Podiumsdiskussion eine gangbare Lösung anzudiskutieren. Am 14.12.2011 kamen gut 100 Betroffene und Sympathisanten ins Rauhe Haus. Auf dem Podium saßen neben zwei Vertreter/innen der Mieterinitiative Abgeordnete der Bezirksversammlung Mitte sowie die Architekten Hans Joachim Reinig und Thomas Dittert (letzterer von der Fritz Schumacher-Stiftung) und ein Vertreter vom

Hamburger Mieterverein. Ferngeblieben war der vhw-Vorstand, der mit seiner Befürwortung des Abrisses dort ziemlich alleine geblieben wäre.

Für DIE LINKE hat vor Ort vor allem eine der Autorinnen (Sandra Clemens, selbst vhw-Mitglied) die Mieterinitiative solidarisch unterstützt: „Bei der Begehung der Elisa-Häuser am 12.12. konnten wir uns von der akzeptablen Bausubstanz der Gebäude überzeugen. Der anwesende Architekt bestätigte uns, dass eine Instandset-

- 8 zung möglich ist, ein Abriss muss wirklich nicht sein. Am dringendsten sind Maßnahmen im Hinblick auf die Heizungsanlage, da in vielen Wohnungen noch mit Kohleöfen geheizt wird. Absolut vorrangig ist, dass die Instandsetzung sozial verträglich erfolgt. Skandalös und angesichts der Wohnungsnot nicht zu verantworten ist die Tatsache, dass in den Gebäuden mehrere Wohnungen leer stehen.“

Runder Tisch: Konstruktive Gespräche oder Katz- und Mausspiel?

Zu Anfang des Jahres 2012 hat die Kommunalpolitik einen „runden Tisch“ einberufen, an dem Vertreterinnen und Vertreter von Rettet-Elisa, vom Mieterverein, der Fraktionen und dem vhw-Vorstand sitzen. Die Teilnehmer haben die Erstellung eines Gutachtens beschlossen, das mehrere Lösungsvarianten für das Backsteinensemble berechnen soll. Erst nach Fertigstellung des Gutachtens, wenn konkrete Zahlen vorliegen, soll der runde Tisch die verschiedenen Lösungsvarianten diskutieren und zusammen mit der Initiative eine Lösung finden, die von möglichst vielen Beteiligten getragen werden kann.

Die vhw ließ allerdings in ihrem Newsletter vom 27.4.2012 verlauten, dass an der Stelle der Elisa-Gebäude Neubauten mit Fördermitteln geplant seien – so, als ob dies schon eine Tatsache wäre und es den runden Tisch und das Gutachten gar nicht geben würde. Da fragt man sich schon, wie ernst die vhw es mit dem Gutachten meint und inwieweit sie tatsächlich bereit ist, von ihren Abrissplänen abzurücken.

Marion Fisch (Zugewählte Bürgerin im Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort) und Sandra Clemens (Bezirksabgeordnete aus Hamm)

So wollen **wir** den **Vertrag für Hamburg** nicht umsetzen

St. Georg 45 – eine Allianz für's Leben?

Die Allianz-Versicherung möchte ein ihr seit 50 Jahren gehörendes Grundstück in St. Georg endlich profitabler gestalten und lässt sich dafür von der Bezirksverwaltung Hamburg Mitte einen „vorhabenbezogenen Bebauungsplan“ entwickeln, genannt St. Georg 45.

Erstmal müssen alle Bäume verschwinden, um die Tiefgarage realisieren zu können.

Foto: Webseite des Bezirksamts



Auf dem Grundstück zwischen An der Alster und Koppel stehen – anders als im geltenden Baurecht vorgesehen, wo von (dreigeschossigen) Wohnhäusern die Rede ist – zwei Bürogebäude. Nun soll An der Alster ein deutlich größeres, „modernes“ Bürogebäude entstehen, dafür an der Koppel ein sechsgeschossiges Wohnhaus. Damit der Profit stimmt, müssen das aber natürlich Eigentumswohnungen der oberen Preiskategorie werden. Und damit alle Büroangestellten (in fünf Minuten Entfernung vom Hauptbahnhof!) mit dem Auto zur Arbeit kommen können, muss eine zweigeschossige Tiefgarage unter dem gesamten Grundstück gebaut werden, wofür leider, leider alle Bäume bis auf einen gefällt werden müssen.

DIE LINKE hat im Stadtplanungsausschuss die Einleitung dieses Verfahrens von vornherein abgelehnt. Alle anderen Parteien haben sich auf leise Kritik am Vorhaben beschränkt und zugestimmt. Kritische Stimmen aus der örtlichen SPD wurden inzwischen zum Verstummen gebracht, die Grünen kämpfen für den einen Baum ... Jetzt arbeitet man sich an ästhetischen Details ab, ohne weiter auf dem geltenden Baurecht (Wohnen!) zu bestehen.

Es gibt über 180 Einwendungen gegen den Bebauungsplan. Zum Glück regt sich sachlich-fachlich fundierter Widerstand im Stadtteilbeirat und umzu. Wir werden diesen überall unterstützen, wo wir noch Gelegenheit haben.

Bernhard Stietz-Leipnitz, Mitglied im Stadtplanungsausschuss

Schimmelwohnungen in Wilhelmsburg: erste Erfolge

In einer früheren Ausgabe der Mittlinks haben wir von Schimmelbefall in Wilhelmsburger Wohnungen berichtet (Mittlinks 1/11: „Wohnst du noch, oder schimmelt es bei dir schon?“).

Seitdem ist DIE LINKE vor Ort weiter tätig gewesen und konnte erste Erfolge erzielen. Ich habe wiederholt Frau Dr. Ruf vom Gesundheitsamt und Herrn M. Kerl, Abschnittsleiter Wohnraumschutz im Bezirksamt Hamburg-Mitte, über die Zustände in diesen Wohnungen informiert und aufgefordert, aktiv zu werden. Auf einen Brief vom 15. Februar 2012 an Herrn Kerl bekam ich am 23. Februar die Mitteilung, dass es Wohnungsbesichtigungen gegeben habe. Zum Teil wird in den Antworten leider immer wieder an einem sogenannten Mitverschulden der Mieterinnen und Mieter am Schimmelbefall festgehalten. Bei einer privat vermieteten Wohnung wurde neulich eine Durchfeuchtung des Mauerwerks festgestellt. Der bei der Wohnungsbesichtigung anwesende Vermieter wurde aufgefordert, den Schimmelbefall zu entfernen und die Mauerstelle nach Abtrocknung neu zu ver-

Die GAGFAH-Mieter in Wilhelmsburg haben massive Probleme in ihren Wohnungen

Foto: Arnd Hemken-Rechlin



putzen. Diese Maßnahme wird, so die Verwaltung, „nach einer angemessenen Frist“ überprüft. Eine andere Wohnung gehört der Grundstücksgesellschaft „Nordelbe“. In dieser Wohnung wurde zwar keine Durchfeuchtung festgestellt, aber die

Vermieterin hat Abhilfe zugesagt, um den Schimmelbefall zu entfernen. Das werde ich bei Gelegenheit nachprüfen. Zurzeit bin ich im Konflikt mit dem Bauverein Reierstieg. Hier wird der Schimmel mit Spray und weißer Wandfarbe „saniert“. Eine Freundin der Mieterin dieser Wohnung wohnt privat, und ihre vier Wände werde ich mir in den nächsten Tagen anschauen, da auch sie von Schimmelflecken berichtet.

Es gibt Schätzungen, denen zufolge mindestens 15 Prozent aller Wohnungen deutschlandweit ein Schimmelproblem aufweisen. Andere Aussagen gehen auf 20 Prozent. Da ist jede gründlich sanierte Wohnung ein Ort, an dem die Mieter und ihre Familien nicht krank werden, und deshalb lohnt sich jeder Brief, den ich zum Beispiel an Herrn Kerl schreibe.

Manfred Schubert, für DIE LINKE zugewählter Bürger im Regionalausschuss Wilhelmsburg

„Weil Du arm bist, musst Du draußen bleiben“ ...

... dies gilt für ein Fünftel der Bewohnerinnen und Bewohner von Hamburg-Mitte, die die im Jahre 2013 beginnende Internationale Gartenschau (igs) im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg wohl nur von Ferne sehen werden. Ihnen wird der Besuch nicht verweigert, sie werden sich „nur“ die sehr teuren Eintrittskarten für die „Superschau“ nicht leisten können. Am 20.6.2011, also rund eineinhalb Jahre vor der



Schau, wurden die Eintrittspreise unter Beteiligung der SPD-Senatorin Jutta Blankau festgelegt. Und die haben es in sich. Denn

11
Logo der igs, von Abholung ist keine Rede.

der normale Eintrittspreis beträgt 21,00 Euro, ermäßigt 17,00 Euro.

Mit diesen Preisen wird die ohnehin bestehende soziale Spaltung der in Hamburg lebenden Bevölkerung weiter vertieft, weil große Teile von ihr diese Tickets nicht bezahlen können. Rund ein Fünftel der in Hamburg-Mitte lebenden Bevölkerung ist von Hartz IV betroffen. Dazu kommen zahlreiche junge Erwerbslose unter 25 ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld II sowie Rentnerinnen und Rentner, die Grundsicherung beziehen. Selbst diejenigen, die nicht erwerbslos sind, werden hinsichtlich der Eintrittspreise Probleme haben, da das Einkommen in Mitte deutlich unter dem Hamburger Durchschnitt liegt.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag in die Bezirksversammlung eingereicht, in dem sie den Senat auffordert, die Preisstruktur der igs der sozialen Struktur der in Hamburg-Mitte lebenden Menschen anzupassen. Wir forderten zudem, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Elbinsel grundsätzlich kostenfreien Eintritt zur igs bekommen, schließlich hat gerade Wilhelmsburg erhebliche Grünflächen für die „grüne“ Superschau eingebüßt. Zumindest sollte nach unserer Meinung der Preis der ermäßigten Tageskarte auf fünf Euro herabgesetzt werden und die Feierabendkarte schon ab 16 Uhr gelten.

Dieser Antrag wurde durch eine Allparteienkoalition aus SPD, CDU, GAL und FDP abgelehnt. Damit werden Menschen, die es sich nicht leisten können, von der IGS ferngehalten. Und das ist ein Skandal.

Dagegen fordern wir, dass alle Menschen in Hamburg unabhängig von ihrem sozialen Status an den Kultur- und Freizeitveranstaltungen teilnehmen können.

Olaf Harms (DKP), Mitglied der Bezirksfraktion DIE LINKE

12 **Streit um Kleingärten beigelegt: Die Internationale Gartenschau (igs) findet trotz „Bauverstößen“ statt!**

Die Wilhelmsburger Kleingärtnerinnen und Kleingärtner können sich freuen: Sie müssen ihre Gartenlauben nun doch nicht zurückbauen.

DIE LINKE brachte im September 2011 einen Antrag in die Bezirksversammlung ein. Letztere sollte beschließen, dass der Senat den geforderten Rückbau der Gartenlauben durch das Fachamt für Bauprüfung zurücknehmen und auf die Kompromissvorschläge der „Interessengemeinschaft gegen den Rückbau“ eingehen sollte. Unser Antrag, wie sollte es auch anders sein, wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Nachdem dann sowohl die Presse als auch das Fernsehen über die Forderung des Fachamtes ausführlich berichtet hatten, siehe da, wurden die Gespräche, die im Juni von der Behörde abgebrochen worden waren, wieder aufgenommen. Einen Gang vor das Verwaltungsgericht wollte das Bezirksamt wohl nicht riskieren. Unter Leitung des ehemaligen Bezirksamtsleiters Markus Schreiber führten die Gespräche mit der Klagegemeinschaft doch noch zu einem Kompromiss.

Diese Klagegemeinschaft (IGR) der KleingärtnerInnen kann nun einen Erfolg vorweisen. Einen Rückbau auf die geforderten 24 Quadratmeter, wie ihn das Fachamt für Bauprüfung wegen der im Jahr 2013 stattfindenden igs forderte, wird es nicht geben. Stattdessen können die Gartenlauben bis zum Jahr 2016 eine Größe von 40 Quadratmetern haben. Für die Zeit nach 2016 hat man sich auf einen für die KleingärtnerInnen annehmbaren Kompromiss geeinigt.

Da bleiben die
Gartenzwerge
glücklich, Wilkens
Gartenlaube muss
der igs nicht
weichen

Foto:
Ronald Wilken



Nicht zuletzt der „Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg“ und dessen erster Vorsitzender Ingo Kleist (SPD) sowie der Geschäftsführer Dirk Sielmann (SPD), gleichzeitig Vorsitzender der Bezirksversammlung Ham-

burg-Mitte, dürften über diesen Kompromiss nicht erfreut sein, da sie vehement die KleingärtnerInnen zum Rückbau aufgefordert hatten. Eigentlich hätte der Vorstand die Interessen der KleingärtnerInnen vertreten müssen, diese zahlen schließlich einen Mitgliedsbeitrag, doch er ist anscheinend nur, wie viele andere, der Befehlsempfänger der igs. Alles, was die igs will, soll ohne Rücksicht auf die Belange der BürgerInnen umgesetzt werden. Im Fall der KleingärtnerInnen hat es nicht geklappt und das ist gut so. Hier bewahrheitet sich wieder einmal das Lieblingszitat unserer Genossin Christine Wolfram, Mitglied im Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel und Vertreterin im Vorstand der Klagegemeinschaft: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Ronald Wilken, Kleingärtner, für DIE LINKE zugewählter Bürger im City-Ausschuss

Der Hammer Park nach dem Sonderinvestitionsprogramm

Es wächst wieder nach...

Wer sich in diesem Frühjahr auf der Suche nach etwas Frischluft und Erholung in den Hammer Park begab, konnte sich vielerorts die Augen reiben: An „Sichtachsen“ ist kein Mangel mehr, denn wo einst Unterholz und Büsche standen und Kleintieren Schutz boten, geben gerodete Flächen nun den Blick quer durch das Gelände frei. Die Schachspieler müssen nicht mehr ungestört über ihren Partien grübeln, und lauschige Ecken kann man mit der Lupe suchen. „Lauschig“ ist überhaupt das Stichwort: Die Auslichtung des Baum- und Strauchbestandes, besonders auch an den Verkehrsadern Sievekingsallee und Caspar-Voght-Straße, denen man gerade entfliehen wollte, lässt den Straßenlärm bis in die Mitte der Parkanlage vordringen.

Wurde aber nicht vor wenigen Jahren, 2008, vom seinerzeit rot-grün regierten Bezirk Mitte eigens ein „Sonderinvestitionsprogramm“ für den Park aufgelegt? Immerhin befindet sich die traditionsreiche, denkmalgeschützte Grünanlage mitten in einem „aufstrebenden“ Stadtteil, und die teils schon zugezogene, teils noch erwartete zahlungskräftigere Bewohnerschaft soll mit attraktiven Erholungsmöglichkeiten doch durchaus versorgt werden. Nur DIE LINKE mäkelte schon nach Bekanntwerden des Programms, dass damit zwar mehrere hunderttausend Euro an Sondermitteln zur Verfügung gestellt, die Mittel und das Personal für den laufenden Betrieb aber mitnichten erhöht wurden.

Das Ergebnis ist der Anlage nun buchstäblich abzulesen: Zwar erhielt der Spielplatz neue Geräte (und dazu eine dieser ungemein zur Benutzung einladenden provisorischen Dixie-Toiletten. Wie kurz vor Redaktionsschluss bekannt wurde, soll der Park tatsächlich eine richtige WC-Anlage bekommen, dafür wird eine andere in Müm-



Sievekingsallee:
Endlich wieder
freie Sicht auf die
Sievekingsallee!

Haben hier etwa
doch Kinder
gespielt?

Fotos: Sandra
Clemens



melmannsberg geschlossen), zudem wurde ein - in seiner Notwendigkeit umstrittener - neuer Eingang im Südosten geschaffen und eine „Mehrgenerationenbewegungsfläche“ eingerichtet, deren Name Programm ist. Auch wurden für die überfällige Entschlammung des Teiches erhebliche Mittel aufgewandt. Diese sind jetzt im Übrigen, wie eine Anfrage der LINKEN Bezirksfraktion vom März 2012 ergab, aufgebraucht, und jede neue bzw. zu ersetzende Bank, jede Tischtennisplatte muss wieder mühsam beantragt werden - in der Hoff-

nung auf sich doch noch auftuende Finanzierungstöpfe.

Bei einer Parkführung der Stadtteilgruppe der LINKEN Hamm, Horn, Borgfelde im Frühjahr 2011 war bereits die Befürchtung laut geworden, dass ein Teil der Maßnahmen der pflegeleichteren „Zurichtung“ des Parks - auf Kosten der Artenvielfalt - dienstbar sein würde. Der Eindruck hat sich seither eher verfestigt. Im Februar 2012 fanden wieder umfangreiche Fällmaßnahmen von Sträuchern und Bäumen statt, die bei Anwohnerinnen und Anwohnern für Unmut sorgten und selbst in der Lokalpresse Niederschlag fanden (Wochenblatt, 22. Februar 2012: „Bangen um den Hammer Park. Radikale Abholzung verunsichert Bürger“). Die Situation im Frühjahr 2012 stellt sich also in weiten Teilen als ernüchternd dar, was durch die Antworten auf die erwähnte Anfrage bestätigt wird. Dabei erstaunt die Unbefangenheit, mit der Auskünfte erteilt werden wie: „Im Park wurde nicht ausgelichtet“, die jedem Augenschein widersprechen.

Auch die lieblose Gestaltung des einst repräsentativen, allerdings schon seit Jahrzehnten durch den Verkehrslärm weniger attraktiven Eingangs an der Sievingsallee/Ecke Hammer Steindamm erweist sich als immer noch steigerbar: Derzeit wird sogar überlegt, die dort noch vorhandenen verwahrlosten Blumenbeete zu entfernen. Eigentlich bietet sich die Zone dann künftig als Großwerbefläche an, aber das sollte man wohl nicht zu laut sagen, schließlich sind öffentliche Einnahmequellen rar.

Auch die Umgestaltung des einstigen „Brunnengartens“ war noch 2009 bei einer Vorstellung im Regionalausschuss als denkmalpflegerische Leistung angekündigt worden. Der jetzt entstandene Ort erweist sich nicht nur als Herausforderung an die Phantasie: Das Rondell ist mit Schlackesteinen aufgefüllt worden. Für Kinder, die auf den absurden Gedanken kommen, dort zu spielen, sind die Steine eine Verletzungsgefahr und eine noch zu untersuchende Gesundheitsbeeinträchtigung. Dabei lädt die Fläche, immerhin mit Bänken versehen, schon optisch wenig zum Sitzen ein, ist aber „nach jetzigem Standpunkt dauerhaft vorgesehen“.

Es gäbe noch einiges zu meckern, und Pessimisten im Hinblick auf Stadtnatur in der „gut regierten“ Hansestadt finden hier einiges an Anschauungsmaterial. Andererseits ist, da die Sonderinvestitionsmittel wie gesagt aufgebraucht sind, womöglich zumindest mittelfristig auch keine größere Verhunzung an dieser Stelle zu befürchten. Außerdem ist der Umgang mit dem Hammer Park immer noch nicht zu vergleichen mit den Großabholzungen für die IGS in Wilhelmsburg, ein Beispiel für den nicht eben sorgsamsten Umgang mit wertvollen städtischen Grünanlagen ist er aber allemal – und damit Anlass für weitere LINKE Mäkeleien, Anfragen und Anträge sowie für politische Parkspaziergänge mit BürgerInnen!

Marion Fisch, zugewählte Bürgerin im Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

Senat plant weitere Repressionen und Kriminalisierungen gegen Sexarbeiterinnen

Skandal im Sperrbezirk St. Georg

DIE LINKE Bezirksfraktion Hamburg-Mitte kritisiert die Absicht des Senats, durch ein „Kontaktverbot“ auf den St. Georger Straßenstrich einzuwirken. Mit einem Ordnungsgeld von 5.000 Euro für Freier soll nun endgültig der Straßenstrich am Steindamm und am Hansaplatz verschwinden.

Markus Schreiber, Bischof Jaschke und die Hotelbetreiber am Bahnhof schienen seinerzeit begeistert. Die Erfahrungen und das Wissen der Beratungseinrichtungen für Prostituierte wie „Ragazza“ und „Sperrbezirk“ oder der entsprechenden Fachleute in



Flashmob gegen
die KVV auf dem
Hansaplatz
am 26.4.2012

Foto: Ulli Gehner

der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hingegen interessieren nicht. Hier geht es um die saubere Fassade, um saubere Plätze und saubere Straßen für Touristen. Was sich in Hotelzimmern, dunklen Ecken und Privatwohnungen an Brutalität gegenüber den Sexarbeiterinnen abspielt, ist kein Thema. Hauptsache, Prostitution findet nicht in der Öffentlichkeit und nicht auf der Straße statt. Denn es geht ums Geschäft und ums Marketing, und da ist schließlich der äußere Anschein entscheidend. Als Bezirksabgeordnete in Mitte finde ich, dass diese Politik von einer unerträglichen Doppelmoral geprägt ist. Die Sperrbezirksverordnung muss weg. Wir brauchen ein Zeugenschutzprogramm für SexarbeiterInnen. Nur so kann gegen brutale Freier, Zuhälter und deren Organisationen vorgegangen werden. Die Frauen und Männer, die mit Sexarbeit ihr Geld verdienen, brauchen Schutz und Rechte. Dann wird es auch nicht mehr die unwürdigen Szenen am Steindamm und Hansaplatz geben. **Christine Detamble-Voss, Bezirksabgeordnete aus St. Pauli, Mitglied im Ausschuss für Sozialraummanagement**

PR statt Journalismus als Teil medialer Inszenierung

Hornbach: Gewerbebetrieb statt naturnaher Grünfläche im Billstedter Osten

Unter dem Titel „Riesen-Baummarkt für Billstedt“, den das Hamburger Abendblatt am 19.1.2012 veröffentlichte,¹ wurde ein Vorhaben öffentlich, dessen längere Vorgeschichte sich, wie häufig bei derartigen Projekten, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und insbesondere der betroffenen Anwohner abspielte.

Da in dem Artikel kritische Anmerkungen zu dem Projekt vollständig fehlen und stattdessen im Jubelton das Vorhaben der Öffentlichkeit verkauft wird, kann man den Beitrag nicht als ernsthaft journalistisch, sondern muss ihn als PR für den Investor bezeichnen. Er ist Teil der medialen Inszenierung der Einleitung des Bauungsplanverfahrens. Unmittelbar davor hatte das Bezirksamt noch einem Journalisten und einem Polizisten auf Nachfrage mitgeteilt, dort sei von diesem Bauvorhaben nichts bekannt.

Wulffen als Prinzip?

Ein Vorgang ganz eigener Qualität ist, dass das Hamburger Wochenblatt/Ausgabe Billstedt-Oststeinbek, zweimal journalistische Artikel, die ökologische, Verkehrs- und andere Aspekte kritisch hinterfragten, unmittelbar vor Drucklegung wieder aus der Zeitung herausnahm: einmal in der letzten Jahresausgabe 2011 und nochmals in der letzten Januarwoche 2012. Stattdessen druckte das Wochenblatt in der letzten Januarausgabe 2012 den unkritischen Artikel des Hamburger Abendblattes unverändert nach. Die Wochenblätter gehören ja inzwischen auch zum Axel-Springer-Verlag: Wulffen als Prinzip? Jeder möge sich dazu selbst seine Meinung bilden.

Auf entsprechende deutliche Beschwerden veröffentlichte das Wochenblatt dann immerhin am 1.2.2012 einen Beitrag mit einigen kritischen Betrachtungen zu Umwelt- und Verkehrsaspekten des Vorhabens.²

Große Verkehrsbelastungen für Anwohner

Die für dieses Vorhaben bereitgestellte Fläche, die im Dreieck zwischen A1, Glinde Straße und Oststeinbeker Weg an der östlichen Grenze von Billstedt zu Oststeinbek liegt, grenzt unmittelbar an eine seit über 50 Jahren bestehende Wohnbebauung, getrennt nur durch den schmalen Oststeinbeker Weg. Bereits heute kommt es zu manchen Tageszeiten zu längeren Verkehrsstaus rund um die Fläche: an der Ausfahrt Öjendorf der A1 teilweise bis in die Autobahn, in der Glinde Straße bis zum Schiffbeker Weg, auch weit in den Oststeinbeker Weg hinein.

Der Investor Hornbach hat mit seinem Bauantrag auch selbst ein Gutachten zur Verkehrssituation vorgelegt, die durch den geplanten Gewerbebetrieb massiv verändert wird, und geht etwa von einer Verdopplung des Verkehrs aus, wovon die unmittelbaren Anwohner betroffen sein werden.

„Keiner hat das Recht, zu verlangen, dass es in seiner Straße nicht mehr Verkehr gibt als bisher“

Auf eine kritische Nachfrage dazu im Amt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Mitte wurde nur zynisch erwidert, „niemand“ habe „ja das Recht, zu



Oststeinbeker
Weg:
Bedrohtes Idyll?

Foto: Sergel

verlangen, dass es in seiner Straße nicht mehr Verkehr geben“ dürfe „als bisher“. Für niemanden, der die Verkehrssituation vor Ort kennt, ist ersichtlich, wie diese nach Realisierung dieses Gewerbeprojektes bewältigt werden soll. Dazu kommen deutliche gesundheitsrelevante Belastungen durch Verkehr für Anwohner umliegender Quartiere. Ob und wie das bedacht wurde, fragen sich die Betroffenen vor Ort. Aber auch: was von einem Bezirksamt zu erwarten ist, dessen Fachämter etwa zu rechtswidrigen Eingriffen in Uferzonen der Glinder Au äußerten, bei ihnen habe es „niemand gegeben, der sich mit den Gesetzen auskannte“, oder die Schul- und Vorschulkinder zum Bäumefällen in den Blohms Park in Horn schickten, dazu Videos mit Untertiteln wie „die zukünftigen Mitarbeiter des Blohms Park“ produzierten und auf einer Bürgerveranstaltung verkündeten, die Kinder hätten auf Befragungen, was sie denn in Zukunft weiter gerne im Park machen würden, geantwortet: „mehr Bäume fällen!“³

Beschädigung des Naturhaushalts im Hamburger Osten

Durch das Gewerbevorhaben Hornbach würde eine Fläche von erheblichem ökologischen Wert zerstört werden. Die amtliche Biotopkartierung der Behörde für Stadt-

entwicklung und Umwelt (BSU) weist ihr mit „Teilen von Biotopkomplexen ... sehr hohe und hohe Bedeutung“ für den lokalen Naturhaushalt im Hamburger Osten zu. Die von der BSU vorgelegte „Strategie für die Entwicklung der Biodiversität in Hamburg – Grüne Vielfalt – Qualität der Stadt“ formuliert als planerisches Handlungskonzept für diesen Bereich: „Festigung von Mindeststandards zur nachhaltigen Nutzung im Bereich der Landschaftsachsen“. ⁴ Genau das – die nachhaltige Nutzung einer Landschaftsachse – wird mit dem Hornbach-Projekt aber nicht erfüllt: Die Fläche liegt in einer vom gültigen Landschaftsprogramm ausgewiesenen Landschaftsachse, die sich von Öjendorf über eben diesen Raum weiter an der östlichen Landesgrenze bis in die Boberger Niederung zieht. Die BSU-Strategie beschreibt sogar nördlich und südlich von diesem wichtigen ökologischen Funktionsraum ausgesprochene Handlungsschwerpunkte zur Sicherung des Naturhaushaltes im Hamburger Osten. ⁴ Auch der Naturschutzrat Hamburg fordert, derartige Flächen nicht zu bebauen sowie generell auch ausgewiesene Landschaftsachsen zur Sicherung ihrer Funktionen im Naturhaushalt von Bebauungen frei zu halten. Dass auch Wissenschaftler des Hamburger ClimaCampus der Universität gerade mehr Grünflächen für die Stadt einforderten ⁵ ebenso wie der Deutsche Wetterdienst vor einiger Zeit generell für Städte vor dem Hintergrund des Klimawandels und mehrerer zehntausend Hitzetoter in Europa im Sommer 2003, sei am Rande erwähnt. ⁶

Umweltgerechtigkeit kein Thema?

Das von Investor, Verwaltung und Politik hier hinter dem Rücken der betroffenen Bürger initiierte Gewerbevorhaben, dessen Anfänge wohl in der Zeit des CDU-GAL-Senates liegen, stellt einen erheblichen Angriff auf die Lebensqualität anliegender Quartiere dar, der mit der geschilderten medialen Jubelinszenierung schöngeredet und der Öffentlichkeit verkauft werden soll. Ein gravierender, fast infam zu nennender weiterer Teil dieser Inszenierung ist, dass in den vom Investor vorgelegten Unterlagen gleich angedacht wird, östlich von der jetzt für den Bau gesicherten Fläche weitere ökologisch und sozialökologisch wichtige Grünräume, heute überwiegend Gehölz- bzw. Waldflächen, ebenfalls für „sinnvolle gewerbliche Erweiterungen“ zu zerstören: Dieses wäre eine noch stärkere Beschädigung des lokalen Naturhaushaltes und würde den Charakter anliegender Quartiere auf Hamburger und Oststeinbeker Seite völlig verändern und abwerten. Und natürlich redet darüber wieder die geschlossene Gesellschaft aus Investor, Verwaltung und Politik nicht öffentlich. Unter Aspekten von Umweltgerechtigkeit ist einzufordern, dass Zugang zu ökologisch hochwertiger Stadtnatur nicht nur in sozioökonomisch an der Spitze liegenden Stadtteilen wie etwa den Walddörfern oder den Elbvororten von Verwaltung und Politik zum Erhalt von Lebensqualität und Immobilienwerten gesichert wird, sondern auch und gerade in sozial eher problematischeren Stadtteilen wie etwa Bill-

20 stedt.⁷ Allerdings hat Hamburg im Gegensatz etwa zu Berlin noch nicht einmal sozioökonomische Stadtteil- und Quartiersdaten mit umweltbezogenen Daten planerisch zusammengeführt, um daraus entsprechende Handlungskonzepte und -ziele zu entwickeln: Hier hat die letztjährige „Umwelthauptstadt“ erhebliche Defizite und Nachholbedarf.

Gastbeitrag von Rudolf Sergel, der Autor ist Biologe und u.a. Mitgründer der Projektgruppe Stadtnatur Hamburg und war mehrere Jahre Mitglied bezirklicher parlamentarischer Ausschüsse in Hamburg.

Anmerkungen:

- (1) Gassdorf, U.: Riesen-Baumarkt für Billstedt. Hamburger Abendblatt, 19.1.2012, S. 12.
- (2) Neschki, M.: Grünachse in Gefahr? Umweltschützer betrachten Bebauungspläne kritisch. Hamburger Wochenblatt (Ausgabe Billstedt, Kirchsteinbek, Oststeinbek), 1.2.2012.
- (3) Vgl. Sergel, R.: Von sozialen Freiräumen und ökologischen Funktionsflächen zu Arealen staatlicher Kontrolle? Zur Umgestaltung von Grünflächen in Hamburg-Mitte, S. 2. www.isebek-initiative.de/uploads/sn/Sergel_2010_Gruenflaechen-Hamburg-Mitte.pdf
- (4) FHH/BSU (Hrsg.): Grüne Vielfalt – Qualität der Stadt. Strategie für die Entwicklung der Biodiversität in Hamburg, S. 30.
- (5) Hillmer, A.: Städte heizen sich immer mehr auf. Hamburger Abendblatt, 18.1.2012.
- (6) Hitze-Sommer 2003 hat 70.000 Europäer getötet. www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,473614,00.html
- (7) Sergel, R.: Recht auf Stadt und Zugang zu Umweltressourcen. www.isebek-initiative.de/uploads/dokumente/background/Sergel_100318_Recht-auf-Stadt-und-Zugang-zu-Umweltressourcen.pdf

Kurz informiert: Anfragen der LINKSfraktion:

Sportplatz an der Wilhelmsburger Fährstraße

Mit unserer kleinen Anfrage erfuhren wir nicht viel Neues darüber, was denn nun aus dem Sportplatz an der Wilhelmsburger Fährstraße werden soll:

Zitat aus der Antwort der Verwaltung:

„Der Sportplatz Fährstraße ist nur im Zusammenhang mit den Nutzungen und den baulichen Zuständen aller Wilhelmsburger Sportanlagen zu betrachten. Eine Analyse der Wilhelmsburger Sportanlagen wird von der zuständigen Behörde gemeinsam mit dem zuständigen Bezirksamt im August/September 2011 durchgeführt. Über das Ergebnis wird bis Ende 2011 berichtet.“

Durch eine erneute Frage im Sportausschuss im Januar 2012 erfuhren wir, dass

das Ergebnis der Analyse dann doch schon im März vorliegen sollte. In der Zwischenzeit hat die angrenzende Schule anscheinend Nutzungsbedarf für den Sportplatz angekündigt. Ein ausführlicher Bericht stand im Mai 2012 immer noch aus. 21

Zaun an der Kersten-Miles-Brücke

Durch eine Anfrage erfuhren wir, dass der Bau des Zauns 18.000 Euro gekostet hat und aus dem Titel: „Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen“ finanziert wurde. Wir finden, das Geld wäre doch wesentlich besser in Grünanlagen und auf Spielplätzen aufgehoben gewesen...

Fischsterben im Kükenbrack

Im Sommer 2011 trieben zahlreiche tote Fische im Kükenbrack. Um zu klären, wie es zu diesem Fischsterben kommen konnte, richtete DIE LINKE eine Anfrage an das Fachamt. Es stellte sich heraus, dass es Hinweise auf Toxine gab und die Wasser-schutzpolizei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Außerdem ist der Auslauf des Rohres in die Rathauswetterern mit Beton und Dichtschaum verschlossen worden. Fragt sich nur, warum die Verwaltung erst nach unserer Anfrage tätig geworden ist ...

Baumsterben im Blohms Park

Unsere Anfrage zu einer Baumfällaktion mit Kindern im Blohms Park ergab, dass die Kinder sich vorher „von ihren Bäumen verabschieden durften“, bevor sie mit der Axt ihre neu gefundenen Freunde kurzerhand fällten. Pädagogisch mehr als fragwürdig...

Baumsterben im Hammer Park

Auch in dieser Fällsaison sind wieder viele Bäume im Hammer Park der Axt zum Opfer gefallen. Zudem wurden viele Hecken stark gekappt. In der Antwort auf unsere Anfrage bestreitet die Verwaltung den Kahlschlag jedoch: „Im Park wurde nicht ausgelichtet.“ Die betreffenden Bäume seien entweder „von alleine“ umgefallen oder vom Pilzbefall betroffen gewesen. Was das fehlende Unterholz betrifft, beteuert die Verwaltung, „Der Bewuchs wurde zurückgeschnitten. Dieser Rückschnitt erfolgt alle 3-5 Jahre. Es wächst wieder nach.“ Wir haben die ständigen Fällaktionen und Auslichtungen im Hammer Park satt und dagegen im Juni 2012 einen Antrag eingebracht. (siehe auch den Artikel zum Hammer Park in dieser Ausgabe)

Gurlittstraße 50

Seit sieben Jahren steht ein Baugerüst vor dem Haus Gurlittstraße 50 in St. Georg. Die Wohnungen der verbleibenden MieterInnen werden dadurch verdunkelt, es ist zu Einbrüchen über das Gerüst gekommen. Der Gehweg ist auf deutlich weniger als die gebotenen 1,50m eingeschränkt.

- 22 Das zuständige Fachamt ist in all den Jahren nicht auf die Idee gekommen, dass da etwas nicht ganz in Ordnung sein könnte. Auch Nachfragen im Stadtteilbeirat direkt ans Fachamt führten zu nichts, ebenso regelmäßige Nachfragen im Bauausschuss. Erst nach einer kleinen Anfrage der LINKEN kam Bewegung in die Sache. Vorausgesetzt, es kommt nicht noch zu einer Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht, wird die Fassade nunmehr saniert und das Gerüst bis Ende August entfernt. Bürgernahe Verwaltung sieht ganz anders aus!

„Horner Freiheit“

Das Bürgerhaus für Horn wird kommen. Allerdings deutlich kleiner als geplant, denn die dauerhafte „Bespielung“ der bisher geplanten großen Flächen ist nicht gesichert. DIE LINKE hat angeregt, das von uns kritisierte bisherige Finanzierungskonzept einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) noch einmal ernsthaft zu überprüfen.

Alle Anfragen der Bezirksfraktion Hamburg Mitte sind auch im Internet abrufbar unter:

www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/politik/anfragen_und_antraege/anfragen/

Ein Blick in die Zukunft: Mehr Bürgernähe?

Das per Volksentscheid zu Stande gekommene neue Hamburger Wahlrecht (2011 zum ersten Male angewendet) sieht vor, dass spätestens 2014 auch für die Bezirksversammlungswahlen Wahlkreise mit drei bis fünf Direktmandaten gebildet werden. Für Altona war das bereits 2011 der Fall, in den anderen Bezirken mussten nunmehr Vorschläge erarbeitet und dann von der Bürgerschaft beschlossen werden.

Es hat ein halbes Jahr gebraucht, bis endlich ein Vorschlag der Bezirksversammlung (BV) für die Schneidung der Wahlkreise (WK) zur Bezirksversammlung entsprechend den Vorgaben des neuen Wahlgesetzes vorlag. Das geschah in zwei Gesprächsrunden der Bezirksfraktionen im Oktober und im Dezember 2011. Die in dieser Frage zerstrittene CDU hat mitdiskutiert, aber nicht zugestimmt, die Piraten waren an den Gesprächen nicht beteiligt und haben deshalb am 15.12.2011 in der Bezirksversammlung mit Nein gestimmt.

Völlig zufrieden ist sicherlich niemand mit dem Ergebnis, aber ich denke, die nunmehr beschlossenen acht Wahlkreise (sechs bis zehn wären möglich gewesen) erfüllen die Vorgaben des Gesetzes und ermöglichen eine größere Bürgernähe.

Hier folgt ein grober Überblick über die beschlossene Aufteilung des Bezirks:

WK 1: St. Pauli/Innenstadt/HafenCity

WK 2: St. Georg/Borgfelde/Rothenburgsort

WK 3: Hamm

WK 4: Horn

WK 5: Billstedt Nord

WK 6: Billstedt Süd/Billbrook

WK 7: Wilhelmsburg Ost/Veddel

WK 8: Wilhelmsburg West/Finkenwerder/Waltershof/Kleiner Grasbrook

DIE LINKE findet es bedauerlich, dass Billstedt wegen seiner großen Bevölkerung geteilt werden musste, ebenso Wilhelmsburg. Es hätten sich anderenfalls aber unplausible Zuordnungen (etwa St. Pauli/Finkenwerder) ergeben.

Wichtig zu wissen: Die WK-Aufteilung hat keine Auswirkungen auf den Bestand von Ortsdienststellen der Bezirksverwaltung und auch nicht auf den Bestand von Regionalausschüssen!

Bernhard Stietz-Leipnitz, Fraktionsvorsitzender der Bezirksfraktion DIE LINKE

Vor und nach den Wahlen

von Theobald Tiger (Kurt Tucholsky)

Also diesmal muß alles ganz anders werden!

Diesmal: endgültiger Original-Friede auf Erden!

Diesmal: Aufbau! Abbau! und Demokratie!

Diesmal: die Herrschaft des arbeitenden Volkes wie noch nie!

Diesmal.

Und mit ernstern Gesichtern sagen Propheten prophetische Sachen:

*„Was meinen Sie, werden die deutschen Wahlen im Ausland
für Eindruck machen!“*

Und sie verkünden aus Bärten und unter deutschen Brillen

– wegen Nichtkiekenkönnens – den höchstwahrscheinlichen Volkswillen.

Sprechen wird aus der Urne die große Sphinx:

Die Wahlen ergeben diesmal einen Ruck nach links.

So:

←

Diesmal werden sie nach den Wahlen den Reichstag betreten,

diesmal werden sie zum Heiligen Kompromisius beten;

diesmal erscheinen die ältesten Greise mit Podagra,

denn wenn die Wahlen vorbei sein werden, sind sie alle wieder da.

Diesmal.

Und mit ernstern Gesichtern werden sie unter langem Parlamentieren

wirklich einen Ruck nach links konstatieren.

Damit es aber kein Unglück gibt in der himmlischsten aller Welten,

und damit sich die Richter nicht am Zug der Freiheit erkälten,

und überhaupt zur Rettung des

deutsch-katholischen-industriellen Junkergeschlechts

machen nach den Wahlen alle Parteien einen Ruck nach rechts.

So:

→

Auf diese Weise geht in dem deutschen Reichstagshaus

alle Gewalt nebbich vom Volke aus

Wer macht was?

Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

Bezirksfraktion

Mail/Telefon

Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.)	stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de 245740
Christine Detamble-Voss (stv. Vors.)	christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de 4399672
Sandra Clemens	Sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de 0175 740 79 09
Olaf Harms	olaf.harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de 28576908
Renate Hercher-Reis	renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de 70012033
Tilman Rosenau (Geschäftsführer)	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de 28576908

Sie erreichen alle VertreterInnen der LINKEN über die Geschäftsstelle.

Ausschüsse

Hauptausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss

Jugendhilfeausschuss

Christine Detamble-Voss, Anja Post-Martens

Stadtplanungsausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Renate Hercher-Reis

Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Bau- und Denkmalschutzausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Markus Schneider-Johnen · Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Ausschuss für Haushalt und regionale Wirtschaftsentwicklung

Renate Hercher-Reis · Ständiger Vertreter: Olaf Harms

Kulturausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz · Ständiger Vertreter: Norbert Eichstädt

Verkehrsausschuss

Stellv. Vorsitzende: Renate Hercher-Reis · Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Umweltausschuss

Sandra Clemens · Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung

Olaf Harms · Ständiger Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz

Ausschuss für Sozialraumgestaltung

Christine Detamble-Voss, Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Sportausschuss

Sandra Clemens · Ständiger Vertreter: Stefan Dührkop

Cityausschuss

Christine Detamble-Voss · Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Regionalausschuss Finkenwerder (und Waltershof)

Bernhard Stietz-Leipnitz, Kerstin Fremder-Sauerbeck · Ständige Vertreter: Dirk Kölsche, Christian Sauerbeck

Unterausschuss Bau

Kerstin Fremder-Sauerbeck (stv. Vors.), Vertreter: Dirk Kölsche

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Manfred Schubert, Olaf Harms · Ständige Vertreter/in: Stefan Dührkop, Christine Wolfram

Unterausschuss Bau

Olaf Harms · Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Regionalausschuss Billstedt/Mümmelmannsberg

Renate Hercher-Reis, Tilman Rosenau · Ständige Vertreterin: Britta Everding

Unterausschuss Bau

Renate Hercher-Reis, Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauß

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

Sandra Clemens, Marion Fisch. Ständiger Vertreter: Jan-Peter Klöckner

Unterausschuss Bau

Sandra Clemens · Ständiger Vertreter: Jan-Peter Klöckner

Beteiligungsgremien

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S 6/Berta-Kröger-Platz: Christine Wolfram

Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S 5 Südliches Reiherstiegviertel: Jörg von Prondzinski

Sanierungsgebiet St. Pauli S 5 Wohlwillstraße: Holger Knorr, Vertretung: Verena Brachvogel

Stadtteilrat für Rothenburgsort: Bernhard Stietz-Leipnitz

Stadtteilbeirat St. Georg Mitte: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Berno Schuckart

Quartiersbeirat Münzviertel: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Steffen Leipnitz

Quartiersbeirat Osterbrookviertel: Marion Fisch

Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg: Manfred Schubert,
Vertreterin: Renate Hercher-Reis

Stadtteilrat Veddel: Stefan Dührkop, Vertreter: Helmut Stein

Forumsbeirat Billstedt/Horn: Willi Mittelstedt

Lärmbeirat/Eurogate Finkenwerder: Kerstin Fremder-Sauerbeck

Stand: Juni 2012

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte

Borgfelder Straße 83

20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Büro Wilhelmsburg:

Georg-Wilhelm-Straße 7a

21107 Hamburg

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg Mitte

V.i.S.d.P.: Sandra Clemens und Bernhard Stietz-Leipnitz

Juni 2012, Auflage 1000

Satz und Layout: Drucktechnik

Fotoredaktion: Matthias Krüttgen

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.